



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

12/2023

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren 3

Der Entscheiderbrief: Rückblick 2023 3

BVerwG: Mündliche Verhandlung zur ersten Tatsachenrevision am 25. Januar 2024 5

Sahel-Region: Aktuelle Entwicklungen in Mali, Niger und Burkina Faso 6

Rechtsprechung 8

OVG Greifswald / Ukraine: Keine Flüchtlingsschutzrelevanz bei Verweigerung des Wehrdienstes;
Keine undifferenzierte Zuerkennung subsidiären Schutzes 8

VGH München / Dublin Bulgarien: Folgenbeseitigungsanspruch bei Abschiebung 9

VG Stade / Simbabwe: Subsidiärer Schutz wegen Folter und unmenschlicher Haftbedingungen 9

VG Dresden / Venezuela: Kein Abschiebungsverbot aufgrund der wirtschaftlichen und humanitären Lage 10

Neuerwerbungen der Bibliothek 11

Impressum 13



Der Entscheiderbrief: Rückblick 2023

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2023 hat den am Asylverfahren beteiligten Behörden des Bundes und der Länder, der Gerichtsbarkeit und der Politik viel abverlangt. National und weltweit überschlugen sich die Ereignisse und werden auch noch im Jahr 2024 und darüber hinaus ihre Spuren hinterlassen.

Mit Inkrafttreten des „**Gesetzes zur Beschleunigung des Asylgerichtsverfahrens und Asylverfahrens**“ am 1. Januar 2023 gingen zahlreiche Änderungen im Asylgesetz einher, die sich insbesondere auch auf die Asylverfahren und Asylgerichtsverfahren beim Bundesamt auswirkten. Hierzu gehörten u. a. folgende Änderungen:

- die Einführung einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung (§ 12a AsylG),
- die Schaffung einer Rechtsgrundlage für das Videodolmetschen und für Videoanhörungen (§ 17 Abs. 3 AsylG, § 25 Abs. 7 AsylG),
- die Möglichkeit der Entscheidung über einen Asylantrag ohne Anhörung (§ 24 Abs. 1 AsylG),
- die Abschaffung der Rücknahmefiktion und Schaffung der Möglichkeit der Einstellung des Verfahrens oder einer Ablehnung (§ 33 AsylG),
- der Wegfall der Regelüberprüfung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren (§ 73 Abs 2a S. 1 AsylG alt) sowie
- die Einführung der revisionsrechtlichen Überprüfung der allgemeinen, asyl-, abschiebungs- oder überstellungsrelevanten Lage im Herkunfts- oder Zielstaat (§ 78 Abs. 8 AsylG).

Mit den Änderungen wurden nicht nur Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt, sondern auch einige Anpassungen an das Unionsrecht vorgenommen. Letztlich sollten Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren beschleunigt und dadurch die Verwaltungsgerichtsbarkeit und das Bundesamt entlastet werden.¹ Da die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 60,3 % gestiegen ist², haben die Länder der Bundesregierung im Anschluss an die Ministerpräsidentenkonferenz vom 13. Oktober 2023 ein **Maßnahmenpapier zur Beschleunigung der Asylverfahren und Begrenzung der irregulären Migration** vorlegt.³ Bei dem Bund-Länder-Gipfel am 6./7. November 2023 einigten sich Bund und Länder schließlich auf u. a. folgende Maßnahmen:

- Der Bund zahlt den Ländern eine Pauschale i. H. v. 7.500 € pro Asylsuchenden pro Jahr („atmend System“).
- Asylsuchende bekommen erst nach 36 Monaten volle Sozialleistungen (bisher: 18 Monate).
- Asylsuchende erhalten Bezahlkarten statt Bargeld.
- Der Bund überlässt den Kommunen mietfreie Bundesliegenschaften für die Unterbringung von Asylsuchenden.
- Die Dauer von Asyl- und Gerichtsverfahren wird auf jeweils sechs Monate reduziert (drei Monate bei Verfahren von Asylsuchenden aus Staaten mit einer Anerkennungsquote unter fünf Prozent).
- Die Anhörung erfolgt spätestens vier Wochen nach Antragstellung in der Erstaufnahmeeinrichtung und die behördliche Entscheidung ergeht noch während des Aufenthaltes in der Erstaufnahmeeinrichtung.
- Die Arbeitsprozesse der am Asylverfahren beteiligten Behörden werden umfassend automatisiert.
- Die Bundesregierung plant Migrationsabkommen mit ausgewählten Herkunftsländern von Asylsuchenden, um deren Identifizierung und Rückführung zu erleichtern.
- Die Bundesregierung prüft die Möglichkeit der Auslagerung von Asylverfahren in sog. Drittstaaten.⁴

Zudem hat die Bundesregierung am 25. Oktober 2023 einen „Gesetzesentwurf zur **Verbesserung der Rückführung (Rückführungsverbesserungsgesetz)**“ angestoßen, welches zeitnah in Kraft treten soll.

Tatsächlich ist die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland in den letzten Jahren stark gestiegen. So haben von Januar bis November 2023 insgesamt 304.581 Menschen einen Asylerstantrag (AE) gestellt, was einem Anstieg von 60,3 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und fast 130 % zum Vorvorjahreszeitraum entspricht. Die meisten Schutzsuchenden kamen aus Syrien, der Türkei, Afghanistan, Irak und dem Iran.

In der Rubrik „Blick zum Nachbarn“ berichteten wir in der neuen Serie „**Ukrainische Geflüchtete in Europa**“ über die Verteilung und die Aufnahmebedingungen von aus der Ukraine Geflüchteten in Deutschland sowie in Polen, Tschechien und Italien.⁵

Aber auch in vielen anderen Ländern gab und gibt es Ursachen, die Menschen zur Flucht bewegen. Die Länderanalyse-Referate des Bundesamtes verfassen für den Entscheiderbrief monatlich einen Beitrag zu ganz unterschiedlichen **Themen und Entwicklungen in ausgewählten Herkunftsländern und -regionen**.

¹ Vgl. Entscheiderbrief 01/2023, S. 3.

² Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Aktuelle Zahlen November 2023: Tabellen, Diagramme, Erläuterungen, S. 3.

³ Vgl. https://hessen.de/sites/hessen.hessen.de/files/2023-10/fluechtlingspolitik_von_bund_und_laendern_-_gemeinsame_kostentragung.pdf, abgerufen am 07.12.2023.

⁴ Vgl. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2235232/697/bfb257d9c4f697938a53c08b18812/2023-11-07-mpk-fluechtlingspolitik-data.pdf?download=1>, abgerufen am 07.12.2023.

⁵ Vgl. Entscheiderbrief 4-7-8-10/2023.

Folgende Beiträge sind im Jahr 2023 im Entscheiderbrief erschienen:

- Rechtliche Situation von LGBTIQ-Personen in Saudi-Arabien⁶
- Sicherheitslage im Südosten von Nigeria⁷
- Situation alleinstehender Frauen und alleinerziehender Mütter in der Türkei⁸
- Albinismus in Ostafrika⁹
- Einsatz von Gesichtserkennungstechnologie in der Islamischen Republik Iran¹⁰
- Kriminelle Gruppierung „Tren de Aragua“ in Lateinamerika¹¹
- Zwangsverheiratung und Kinderehen in Irak¹²
- Söldnergruppe Wagner in Afrika nach dem Aufstand vom 23./24. Juni 2023¹³
- Zugang zu Wasser von der MENA-Region bis zum Gangesdelta – Quelle künftiger Konflikte und Migrationsbewegungen?¹⁴
- Situation von LGBTIQ-Personen in Ostafrika¹⁵
- Verschärfung der humanitären Lage in Afghanistan¹⁶

Darüber hinaus veröffentlichen die Länderanalyse-Referate auch Länderreporte und Länderkurzinformationen, auf die wir regelmäßig im Entscheiderbrief hinweisen. Folgende Ausarbeitungen wurden 2023 veröffentlicht und können auf MILO unter diesem [Link](#) abgerufen werden:

- **Länderreporte:** Ägypten, Afghanistan, Algerien, Burundi, Eritrea, Iran, Pakistan und Somalia
- **Länderkurzinformationen:** Ukraine, Komoren und Venezuela

Wir haben aber auch Veröffentlichungen der Europäischen Asylagentur (EUAA) im Blick und berichten darüber. So sind im Jahr 2023 MedCOI-Reporte zu Bangladesch, Ghana und Vietnam erschienen, die unter diesem [Link](#) abrufbar sind.¹⁷

Wir schauten auch zu Partnerbehörden in den Mitgliedstaaten und stellten in der Rubrik **„Blick zum Nachbarn“** den Bericht über einen Verbindungsbeamten des Bundesamtes in Albanien¹⁸, die Asyltrends 2022 in den EU-Mitgliedstaaten¹⁹, Erwerbsmöglichkeiten für Schutzberechtigte und Asylsuchende in Griechenland²⁰ sowie eine Bilanz der einjährigen

Amtszeit der ersten italienischen Ministerpräsidentin²¹ vor.

Im Bereich der obergerichtlichen **nationalen und europäischen Rechtsprechung** berichteten wir über folgende maßgebende Entscheidungen:

- Mitgliedstaatliche Verpflichtung zur Durchführung von Folgeverfahren (EuGH)²²
- Anforderung an die Unionsrechtskonformität einer Unterbringungsmaßnahme (EuGH)²³
- Prüfung des Flüchtlingsschutzes bei subsidiär Schutzberechtigten, die sich dem syrischen Militärdienst entziehen (BVerwG)²⁴
- Nichtzumutbarkeit der Selbstbezeichnung einer Straftat gegen den eigenen Willen von subsidiär Schutzberechtigten (BVerwG)²⁵
- Überstellungsaussetzung bei Klage gegen die Ablehnung eines Antrags auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis wegen der Eigenschaft als Opfer des Menschenhandels (EuGH)²⁶
- Anwendbarkeit der folgeantragsbezogenen Unzulässigkeitsentscheidung bei zwischenzeitlicher Rückkehr ins Herkunftsland (EuGH)²⁷
- Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft bei „rechtskräftiger Verurteilung wegen einer besonders schweren Straftat“ (EuGH)²⁸
- Widerruf von Familienasyl und -flüchtlingsschutz infolge des Todes des Stammberechtigten (BVerwG)²⁹

Wir gratulierten dem Bund und den Ländern zur 30-jährigen Zusammenarbeit im Rahmen der EASY-Verteilung von Asylsuchenden. Am 31. März 1993 ging das Online-System zur Erstverteilung Asylsuchender an den Start und es wurden seither über 4 Mio. Zugänge registriert.³⁰

Das Expertenforum Asyl und Migration, welches zwei Mal im Jahr in der Zentrale des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg zusammenkommt, richtete seinen Fokus im Jahr 2023 insbesondere auf die Methoden der Herkunftsländeranalyse, den Umgang mit Traumatisierung und besonderer Schutzbedürftigkeit von Asylsuchenden sowie die Identitätsfeststellung im Asylverfahren.³¹

Ein ereignisreiches Jahr mit vielen interessanten, spannenden und herausfordernden Momenten ist zu Ende gegangen. Sie, liebe Leserinnen und Leser, dürfen sich auch im Neuen Jahr auf umfangreiche

6 Vgl. Entscheiderbrief 01/2023, S. 7.

7 Vgl. Entscheiderbrief 02/2023, S. 4.

8 Vgl. Entscheiderbrief 03/2023, S. 4.

9 Vgl. Entscheiderbrief 04/2023, S. 3.

10 Vgl. Entscheiderbrief 05/2023, S. 4.

11 Vgl. Entscheiderbrief 06/2023, S. 6.

12 Vgl. Entscheiderbrief 07/2023, S. 5.

13 Vgl. Entscheiderbrief 08/2023, S. 3.

14 Vgl. Entscheiderbrief 09/2023, S. 4.

15 Vgl. Entscheiderbrief 10/2023, S. 3.

16 Vgl. Entscheiderbrief 11/2023, S. 3.

17 Vgl. Entscheiderbrief 07-08-09/2023.

18 Vgl. Entscheiderbrief 02/2023, S. 8.

19 Vgl. Entscheiderbrief 03/2023, S. 9.

20 Vgl. Entscheiderbrief 05/2023, S. 10.

21 Vgl. Entscheiderbrief 11/2023, S. 7.

22 Vgl. Entscheiderbrief 01/2023, S. 4ff.

23 Ebd.

24 Ebd.

25 Vgl. Entscheiderbrief 03/2023, S. 3.

26 Vgl. Entscheiderbrief 05/2023, S. 3.

27 Vgl. Entscheiderbrief 06/2023, S. 3.

28 Vgl. Entscheiderbrief 09/2023, S. 3.

29 Vgl. Entscheiderbrief 11/2023, S. 3.

30 Vgl. Entscheiderbrief 06/2023, S. 7.

31 Vgl. Entscheiderbrief 05/2023, S. 6.

Informationen zur nationalen und internationalen Rechtsprechung und Gesetzgebung mit Bezug auf Asyl-, Ausländer- und Migrationsrecht, zu entsprechenden Veranstaltungen und Publikationen sowie zur Situation in den Herkunftsländern von Asylsuchenden verlassen. So möchten wir Ihnen in den kommenden Ausgaben u. a. die Fact-Finding-Missions des Bundesamtes in ausgewählte Herkunftsländer, das neue Gesicht von MILO (MILO 2.0) sowie das neue „Gesetz zur Verbesserung der Rückführung (Rückführungsbeschleunigungsgesetz)“ vorstellen.

Wir danken Ihnen für die Treue und unseren fleißigen Autorinnen und Autoren für die zahlreichen Beiträge! Wir wünschen allen einen guten Start in ein gesundes und friedvolles Jahr 2024.

Die Redaktion

BVerwG: Mündliche Verhandlung zur ersten Tatsachenrevision am 25. Januar 2024

In dem seit dem 26. Juni 2023 rechtshängigen Revisionsverfahren BVerwG 1 C 12.23, das die Bewertung der allgemeinen abschiebungsrelevanten Lage in Afghanistan zum Gegenstand hat, ist der Termin zur mündlichen Verhandlung auf den **25. Januar 2024, 09:00 Uhr**, bestimmt.

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) wird in diesem Termin erstmalig über die sogenannte Tatsachenrevision auf der Grundlage des zum 1. Januar 2023 in Kraft getretenen § 78 Abs. 8 AsylG entscheiden. Nach dieser Vorschrift steht den Beteiligten in asylgerichtlichen Verfahren die Revision gegen ein Urteil eines Oberverwaltungsgerichts oder Verwaltungsgerichtshofs auch dann zu, wenn das Berufungsgericht in der Beurteilung der allgemeinen asyl-, abschiebungs- oder überstellungsrelevanten Lage in einem Herkunfts- oder Zielstaat von der Beurteilung durch ein anderes Obergericht oder durch das Bundesverwaltungsgericht abweicht und es die Revision deshalb zugelassen hat.

Nach dem Willen des Gesetzgebers soll die so eröffnete höchstrichterliche Würdigung von Tatsachenfragen zur Vereinheitlichung der Asylrechtsprechung und zu einer Beschleunigung der Verfahren insgesamt führen³². Die gesetzliche Regelung achte dabei die vorrangige Tatsachenwürdigungskompetenz der Obergerichte und verhindere, dass das Bundesverwaltungsgericht weitere Tatsachenermittlungen zu betreiben habe und es so zu einer weiteren Verzögerung komme.

In dem vorliegenden Verfahren eines afghanischen Staatsangehörigen hatte das Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern in seinem Urteil vom 24. Mai 2023, 4 LB 443/18 OVG, die Revision zugelassen. Es sah sich in seiner Bewertung zur abschiebungsrelevanten Lage in Afghanistan in Abweichung von der Einschätzung anderer Obergerichte.³³

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts wird bereits im Januar 2024, nach etwa sechs Monaten Rechtshängigkeit getroffen. Damit liegt die Verfahrensdauer weit unterhalb der durchschnittlichen Verfahrensdauer von Revisionsverfahren, die durch Urteil erledigt werden. Im vergangenen Kalenderjahr lag die Verfahrensdauer bei etwa 14 Monaten.³⁴

Grundsätzlich hat das Bundesverwaltungsgericht während des Verfahrens nach § 78 Abs. 8 Satz 5 AsylG die Möglichkeit auch selbst allgemeine Tatsachen zu ermitteln, Beweise zu erheben und Auskünfte z. B. des Auswärtigen Amtes oder anderer sachkundiger Stellen einzuholen. Schon aus Zeitgründen wird es aber vordergründig die von den Vorinstanzen festgestellten allgemeinen Tatsachen zugrunde legen, diese aktualisieren, die von den Beteiligten vorgelegten und ggf. beigezogenen oder erhobenen Erkenntnissen berücksichtigen und so ein insgesamt stimmiges Lagebild zusammentragen.

Im Ergebnis kann das Bundesverwaltungsgericht den zu entscheidenden Einzelfall als Leitsatzentscheidung abschließen und in möglichen weiteren Fällen auf diese Leitsatzentscheidung verweisen. Käme es jedoch zu dem Ergebnis, dass individuelle Tatsachen durch das Oberverwaltungsgericht noch nicht ausreichend ermittelt wurden und so eine abschließende Entscheidung nicht möglich wäre, kann – wie in jedem anderen Revisionsverfahren – gemäß § 144 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 VwGO zur weiteren tatsächlichen Klärung und abschließenden Entscheidung an das Oberverwaltungsgericht zurückverwiesen werden. Eine Tatsachenermittlung oder Sachverhaltsaufklärung zu individuellen Schutzgründen findet durch das Bundesverwaltungsgericht jedenfalls abweichend von § 86 Abs. 1 VwGO nicht statt.

Durch die überdurchschnittlich schnelle Terminierung des Verfahrens ist anzunehmen, dass dem vom Gesetzgeber gewünschten Ziel, nämlich zu einer Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren beizutragen, durch eine zeitnahe Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Rechnung getragen wird.

*Grundsatzangelegenheiten der Prozessführung,
Revisionsverfahren*

³² Vgl. Gesetzesbegründung (BT-Drs. 20/4327 S. 42/43).

³³ Vgl. u. a. VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 22.02.2023, A 11 S 1329/20, juris; Sächs. OVG, Beschluss vom 24.05.2023 – 1 A 472/20.A und OVG Hamburg Urteil vom 23.02.2022 – 1 Bf 282/20.A.

³⁴ Vgl. <https://www.bverwg.de/de/pm/2023/18>, abgerufen am 11.12.2023.

Sahel-Region: Aktuelle Entwicklungen in Mali, Niger und Burkina Faso

Die Krise in der Sahel-Region zu der u. a. die Länder Mali, Niger und Burkina Faso gehören, spitzt sich weiter zu. Militärputsche, bewaffnete Konflikte und eine sich dramatisch verschlechternde Sicherheitslage stellen die Region vor große Herausforderungen.

Aktuell werden alle drei Länder von Militärregierungen regiert. In Mali kam es 2020 und 2021 zum Putsch. In Burkina Faso putschte das Militär 2022 innerhalb von acht Monaten zweimal. Ende Juli 2023 wurde mit dem Putsch im Niger auch die letzte demokratisch gewählte Regierung der Region abgesetzt.³⁵

Doch wie kam es zu den Putschen und warum gibt es gerade in den letzten Jahren so viele in der Region?

Die Sahel-Region ist seit Jahren Ziel von dschihadistischen Angriffen. Die seit 2012 im Norden Malis anhaltende Gewalt hatte sich im Jahr 2016 auch nach Zentralmali und in die Nachbarländer Burkina Faso und Niger ausgebreitet. Seitdem verüben dschihadistische Gruppen Anschläge, töten Zivilpersonen und zwingen Menschen zur Flucht. Dabei stehen die in der Region aktiven dschihadistischen Gruppen in Verbindung mit den Terrororganisationen Islamischer Staat (IS) und Al-Qaida. Daneben gibt es aber auch noch kriminelle Banden und lokale Selbstverteidigungsgruppen, die in der Region aktiv sind. Bisher haben die Regierungen der drei Länder der Ausbreitung der Gewalt wenig entgegenzusetzen können.³⁶

In Mali hatte sich die Regierung 2013 Unterstützung aus Frankreich geholt. Mit der Militäroperation „Serval“ konnte die Ausbreitung von islamistischen Gruppen zunächst verhindert werden. Weitere internationale Missionen wie die UN-Blauhelmission MINUSMA (United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali) folgten. Die Sicherheitslage in Mali verbesserte sich aber dadurch nicht.³⁷ Das Versagen im Kampf gegen den Terrorismus führte

schließlich zum Militärputsch im August 2020.³⁸

Danach verschlechterte sich vor allem die Beziehung zu Frankreich deutlich und schließlich beschloss die französische Regierung im Februar 2022, ihre Truppen innerhalb von sechs Monaten abziehen.³⁹ Auch die UN-Blauhelmission MINUSMA wird auf Wunsch der aktuellen Militärregierung bis Ende 2023 beendet.⁴⁰ Neuer Partner der malischen Militärregierung ist seit Ende 2021 Russland. Auf Wunsch der Militärregierung kamen zur Unterstützung des malischen Militärs Söldner der russischen Gruppe Wagner ins Land.⁴¹ Seitdem hat sich die Sicherheitslage aber nicht verbessert, sondern deutlich verschlechtert.⁴² Auch die Zahl der zivilen Todesopfer ist seit Ankunft der Söldner stark angestiegen. Die US-Regierung geht von einem Anstieg um 278 % aus.⁴³ Russische Söldner werden für zahlreiche Angriffe auf Zivilpersonen verantwortlich gemacht. Ihnen werden Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen.⁴⁴

Seit 2016 hat auch in Burkina Faso die Zahl an Angriffen durch bewaffnete dschihadistische Gruppen immer weiter zugenommen. Dschihadistische Gruppen kontrollierten immer mehr Teile des Landes und das Militär konnte dem nur wenig entgegenzusetzen. Schließlich kam es Anfang 2022 zum Putsch. Als Grund gab das Militär die sich verschlechternde Sicherheitslage und das Versagen des Staates beim Kampf gegen die Dschihadisten an.⁴⁵ Im September

38 Deutsche Welle: Afrika: Krise in Sahelzone spitzt sich zu, 19.08.2020, <https://www.dw.com/de/afrika-krise-in-sahelzone-spitzt-sich-zu/a-54627335>, abgerufen am 05.12.2023.

39 Aljazeera: Thousands in Mali celebrate expulsion of French ambassador, 05.02.2022, <https://www.aljazeera.com/news/2022/2/5/thousands-in-mali-celebrate-expulsion-of-french-ambassador>, abgerufen am 05.12.2023; BBC: Mali conflict: Macron announces troops to leave after nine years, 17.02.2022, <https://www.bbc.com/news/world-africa-60414003>, abgerufen am 05.12.2023

40 United Nations: Security Council Terminates Mandate of United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali, Unanimously Adopting Resolution 2690 (2023), 30.06.2023, <https://press.un.org/en/2023/sc15341.doc.htm>, abgerufen am 05.12.2023.

41 U.S. Department of State: Imposing Sanctions on Malian Officials in Connection with the Wagner Group, 24.07.2023, <https://www.state.gov/imposing-sanctions-on-malian-officials-in-connection-with-the-wagner-group>, abgerufen am 05.12.2023; siehe auch: Entscheiderbrief 08/2023, 31.08.2023, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Entscheiderbrief/2023/entscheiderbrief-08-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=3, abgerufen am 05.12.2023.

42 France 24: US blames Russia's Wagner Group for worsening security in Mali, 27.10.2022, <https://www.france24.com/en/africa/20221027-us-accuses-russia-s-wagner-group-of-worsening-security-situation-in-mali>, abgerufen am 05.12.2023.

43 U.S. Department of State: Imposing Sanctions on Malian Officials in Connection with the Wagner Group, 24.07.2023, <https://www.state.gov/imposing-sanctions-on-malian-officials-in-connection-with-the-wagner-group>, abgerufen am 05.12.2023.

44 Deutsche Welle: Untersuchung zu Wagner-Söldnern in Mali gefordert, 31.01.2023, <https://www.dw.com/de/un-experten-wollen-taten-von-wagner-s%C3%B6ldnern-in-mali-untersuchen/a-64571742>, abgerufen am 05.12.2023.

45 Hans-Seidel-Stiftung: Burkina Faso. Der Militärputsch, 27.01.2022, <https://www.hss.de/news/detail/der-militaerputsch-news8417/>, abgerufen am 05.12.2023; International Crisis Group: The Ouagadougou Coup: A Reaction to Insecurity, 28.01.2022, <https://www.crisisgroup.org/africa/sahel/burkina-faso/linsecurite-facteur-determinant-du-putsch-de-ouagadougou>, abgerufen am 05.12.2023; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Länderreport 50: Burkina Faso, März 2022, <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Laenderreporte/2022/laenderreport-50-BurkinaFaso.html?nn=282772>, abgerufen am 05.12.2023, S. 3, 10ff.

35 Neue Zürcher Zeitung: Wieso fallen Regierungen in Afrika wie Domino-Steine? Ein Überblick über die Militärputsche und ihre Gründe, 06.09.2023, <https://www.nzz.ch/international/militaerputsche-in-afrika-chronologie-und-gruende-ld.1754136>, abgerufen am 05.12.2023.

36 Bundeszentrale für politische Bildung: Sahel: Ökonomische, politische und ökologische Ursachen der Gewalteskalation, 21.01.2021, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/325613/sahel-oe-koenomische-politische-und-oekologische-ursachen-der-gewalteskalation/>, abgerufen am 05.12.2023; European Council on Foreign Relations: Mapping armed groups in Mali and the Sahel, ohne Datum, https://ecfr.eu/special/sahel_mapping#introduction, abgerufen am 05.12.2023; IPS-Journal: A coup after coup in the Sahel, 08.09.2023, <https://www.ips-journal.eu/topics-democracy-and-society/a-coup-after-coup-in-the-sahel-6976/>, abgerufen am 05.12.2023.

37 Bundeszentrale für politische Bildung: Mali, 05.11.2020, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/175842/mali/>, abgerufen am 05.12.2023.

2022 kam es zum erneuten Putsch. Ende 2022 befand sich das Land weiterhin in einer instabilen Lage. Hinzu kommt die zunehmende Verschlechterung der Sicherheitslage und eine steigende Zahl an Binnenvertriebenen (über zwei Mio. Menschen). Burkina Faso steht zum ersten Mal an der Spitze der weltweit am meisten vernachlässigten Vertreibungskrisen.⁴⁶ Am 13. April 2023 gab die Militärregierung bekannt, dass aufgrund der anhaltend schlechten Sicherheitslage und dem zunehmenden Kontrollverlust über Teile des Landes eine Generalmobilmachung veranlasst werde. Ziel sei es, die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet zurückzuerlangen. Aktuell werden rund 40 % des Landes von dschihadistischen Gruppen kontrolliert.⁴⁷ Wie Mali setzt Burkina Faso auf Russland als neuen Partner und wendet sich von Frankreich ab.⁴⁸

In Niger hat sich wie in Burkina Faso die Sicherheitslage vor allem durch die Zunahme von Angriffen durch dschihadistische Gruppen seit 2018 erheblich verschlechtert. Besonders betroffen ist die Region Tillabéri, die im Südwesten des Landes an der Grenze zu Mali und Burkina Faso liegt. Aber auch die politische Lage ist zurzeit sehr angespannt. Am 26. Juli 2023 putschte sich das Militär an die Macht und setzte den gewählten Präsidenten Mohamed Bazoum fest. Seitdem befindet sich das Land im Ausnahmezustand. Die Putschisten begründeten den Umsturz mit der sich verschlechternden Sicherheitslage und „schlechter Regierungsführung“.⁴⁹ Das Verhältnis zwischen Frankreich und Niger hat sich seit dem Putsch zunehmend verschlechtert. Die knapp 1.500 französischen Soldatinnen und Soldaten werden nun bis Ende 2023 aus Niger abgezogen werden.⁵⁰ Seit der Machtübernahme des Militärs Ende Juli 2023 hat die Anzahl an Angriffen weiter zugenommen und die Sicherheitslage bleibt angespannt.⁵¹

Die Begründung der Putschisten für ihre Staatsstreich ist in allen drei Ländern die schlechte Sicherheitslage in der Region und das Unvermögen der

Regierungen, diese zu verbessern.⁵² Allerdings hat sich in keinem der drei Länder seit der Machtübernahme der Militärjuntas die Sicherheitslage verbessert.

In der Bevölkerung erhalten die Putschisten aber trotzdem große Unterstützung, denn viele von ihnen sind von den gewählten zivilen Regierungen enttäuscht. Diese gelten als korrupt und seien nicht in der Lage gewesen, ihr Land aufzubauen. Gleichzeitig gibt es in der Bevölkerung Kritik an den von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) verhängten Sanktionen und es wird der Abzug der internationalen Truppen gefordert.⁵³

Aber nicht nur die politische Lage und die schlechte Sicherheitslage stellen die Region aktuell vor große Herausforderungen. Die Bevölkerung in der Sahelzone ist schon heute besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen. Daneben gehören Mali, Niger und Burkina Faso zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. Gleichzeitig verzeichnet die Region das höchste Bevölkerungswachstum weltweit.⁵⁴ Wie die Putschisten diese Herausforderungen angehen wollen ist unklar. Aktuell planen die drei Länder im Bereich Terrorismusbekämpfung enger zusammenzuarbeiten. Auch wurde eine gegenseitige Verteidigungsvereinbarung unterzeichnet.⁵⁵ Inwiefern es die drei Länder gemeinsam schaffen werden, die schlechte Sicherheitslage in der Region zu verbessern, bleibt abzuwarten.

Länderanalysen

46 Norwegian Refugee Council: Burkina Faso is the world's most neglected crisis. 01.06.2023, <https://www.nrc.no/news/2023/june/burkina-faso-is-the-worlds-most-neglected-crisis/>, abgerufen am 05.12.2023.

47 Der Spiegel: Burkina Faso erklärt »Generalmobilmachung« wegen Angriffen von Dschihadisten, 14.04.2023, <https://www.spiegel.de/ausland/burkina-faso-erklaert-generalmobilmachung-wegen-angriffen-von-dschihadisten-a-7ed52f56-fc68-4cdc-9762-da10bac3c35d>, abgerufen am 05.12.2023.

48 Frankfurter Allgemeine: Russlands Vormarsch in Afrika, 24.01.2023, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/burkina-faso-russlands-vormarsch-in-afrika-18626596.html>, abgerufen am 05.12.2023.

49 ACLED: Fact Sheet: Military Coup in Niger, 03.08.2023, <https://acled-data.com/2023/08/03/fact-sheet-military-coup-in-niger/>, abgerufen am 05.12.2023; Bundeszentrale für politische Bildung: Militärputsch in Niger, 21.08.2023, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/539147/militaerputsch-in-niger/>, abgerufen am 05.12.2023.

50 AP: France's withdrawal from Niger could jeopardize counterterrorism operations in the Sahel, 27.09.2023, <https://apnews.com/article/niger-sahel-france-us-coup-counterterrorism-ce19912950c6641e0281d8a10741a8de>, abgerufen am 05.12.2023.

51 Die Tageszeitung: Mindestens 29 Soldaten getötet, 05.10.2023, <https://taz.de/Terrorangriffe-in-Niger/!5960487/>, abgerufen am 05.12.2023.

52 Neue Zürcher Zeitung: Wieso fallen Regierungen in Afrika wie Domino-Steine? Ein Überblick über die Militärputsche und ihre Gründe, 06.09.2023, <https://www.nzz.ch/international/militaerputsche-in-afrika-chronologie-und-gruende-ld.1754136>, abgerufen am 05.12.2023.

53 Neue Zürcher Zeitung: Wieso fallen Regierungen in Afrika wie Domino-Steine? Ein Überblick über die Militärputsche und ihre Gründe, 06.09.2023, <https://www.nzz.ch/international/militaerputsche-in-afrika-chronologie-und-gruende-ld.1754136>, abgerufen am 05.12.2023.

54 Bundeszentrale für politische Bildung: Sahel: Ökonomische, politische und ökologische Ursachen der Gewalteskalation, 21.01.2021, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/325613/sahel-oekonomische-politische-und-oekologische-ursachen-der-gewalteskalation/>, abgerufen am 05.12.2023.

55 Die Tageszeitung: Bündnis der Militärputschisten, 17.09.2023, <https://taz.de/Zwischen-Mali-Burkina-Faso-und-Niger/!5958062/>, abgerufen am 05.12.2023.

OVG Greifswald / Ukraine: Keine Flüchtlingsschutzre- levanz bei Verweigerung des Wehrdienstes; Keine undiffe- renzierte Zuerkennung sub- sidiären Schutzes

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges hat die Bundesrepublik Deutschland etwa eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Diese erhalten in der Regel Schutz über die Anwendung der Richtlinie zum vorübergehenden Schutz (RL 2001/55/EG), weswegen asylrechtliche Rechtsprechung bisher nicht flächendeckend oder obergerichtlich vorlag.

Das Urteil des OVG Mecklenburg-Vorpommern vom 20. November 2023 (Az. 4 LB 466/20 OVG) schafft erstmalig obergerichtliche Klärung zu wichtigen Rechts- und Tatsachenfragen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg. Das Gericht hat die klägerseitige Berufung eines ukrainischen Staatsangehörigen zurückgewiesen. Er reiste am 13. Juli 2018 über Polen in die Bundesrepublik ein und stellte einen Asylantrag beim Bundesamt.

Er hat zuletzt vorgetragen, bei einer Rückkehr in die Ukraine mit einer Einberufung zum Wehrdienst und einem damit verbundenen Einsatz an der Front rechnen zu müssen. Er lehne einen solchen Einsatz als unvereinbar mit seinem Gewissen ab, ihm drohe daher eine Bestrafung. Er befürchte eine Verletzung seiner Gewissensfreiheit aus Art. 9 Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, im Falle einer Inhaftierung in einem ukrainischen Gefängnis drohe ihm eine Verletzung seiner Rechte aus Art. 3 Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Das Leben und die Unversehrtheit des Klägers seien bei einer Rückkehr ebenfalls gefährdet, daher lägen die Voraussetzungen des subsidiären Schutzes vor, interner Schutz bestehe nicht.

Das erkennende OVG Mecklenburg-Vorpommern verneint zunächst das Vorliegen der Flüchtlingseigenschaft. Bei einem Einsatz im ukrainischen Militärdienst werde der Kläger nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit zur Begehung von Kriegsverbrechen oder einer anderen in § 3 Abs. 2 AsylG genannten Straftat gezwungen.

Das Gericht führt weiter aus, dass dem Kläger auch nicht der subsidiäre Schutz nach § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 AsylG zuzuerkennen sei. Ihm drohe nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Folter oder eine andere unmenschliche Behandlung. Eine ernsthafte Gewissensentscheidung gegen den Wehrdienst konnte

das Gericht hierbei nicht feststellen, der Kläger habe verständlicherweise große Angst davor, im Krieg zu sterben. Seine Entscheidung gegen den Wehrdienst diene hauptsächlich dem Selbstschutz. Ihm drohe wegen einer Verweigerung des Militärdienstes mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit die Verurteilung zu einer Haftstrafe sowie deren Vollstreckung. Es ließe sich jedoch nicht feststellen, dass der Kläger in der Ukraine deswegen mit der beachtlichen Wahrscheinlichkeit unmenschlichen oder erniedrigenden Haftbedingungen ausgesetzt wäre, auch wenn die Haftbedingungen nicht überall den internationalen Standards entsprächen.

Dem Kläger sei der subsidiäre Schutz auch nicht nach § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AsylG zuzuerkennen. Die Ukraine sei zwar Schauplatz eines internationalen bewaffneten Konfliktes, die Kampfhandlungen konzentrierten sich jedoch derzeit auf den Osten und Süden des Landes. Bezüglich den Oblasten Iwano-Frankiwsk im äußersten Westen der Ukraine und Tscheniwzi im Grenzgebiet zu Rumänien und Moldau – auf die hier abzustellen sei, da die Familie der Klägers von dort stammt bzw. der Kläger dort zuletzt gelebt hat – könne nicht festgestellt werden, dass die vom russischen Angriffskrieg ausgehende willkürliche Gewalt ein besonders hohes Ausmaß für die Zivilbevölkerung erreicht habe. Die Westukraine habe vielmehr einen erheblichen Teil der Binnenflüchtlinge aufgenommen.

Zuletzt sei zugunsten des Klägers auch kein nationales Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG festzustellen. Das Gericht habe nicht feststellen können, dass der Kläger den Wehrdienst in der Ukraine aus religiösen oder Gründen seines Gewissens verweigern würde. Daher könne offenbleiben, ob eine Abschiebung schon deshalb nicht nach § 60 Abs. 5 AufenthG in Verbindung mit Art. 9 Abs. 1 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten unzulässig sei, weil die Ukraine das Recht auf einen Wehersatzdienst aufgrund des Kriegsrechts ausgesetzt hat. Ein Eingriff in den Schutzbereich des Art. 9 Abs. 1 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten könne auch dann gerechtfertigt sein, wenn dafür überzeugende und zwingende Gründe vorlägen. Solche hält das Gericht hier für erwägenswert.

Das OVG Mecklenburg-Vorpommern hat die Revision nicht zugelassen.⁵⁶

Prozessführung / Berufungsverfahren

⁵⁶ Vgl. OVG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 20. November 2023, 4 LB 466/20 OVG, in MfL: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-29141172/OVG_Greifswald%2C_vom_20.11.2023%2C_4_LB_466_20_OVG%2C_Urteil.pdf?nodeid=29142589&vernum=-2, abgerufen am 20.12.2023.

VGH München / Dublin Bulgarien: Folgenbeseitigungsanspruch bei Abschiebung

Mit Beschluss vom 20. November 2023 (Az. 24 AE 23.30820) entschied der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH), dass ein Anspruch auf Folgebeseitigung bei einer Abschiebung nur gegen die handelnde Behörde bestehe. Der Antragsteller ist syrischer Staatsangehöriger und reiste am 22. Dezember 2021 in die Bundesrepublik Deutschland ein. Seinen am 2. Februar 2022 gestellten Asylantrag lehnte das Bundesamt mit Bescheid vom 12. Juli 2022 als unzulässig ab und stellte fest, dass Abschiebungsverbote nicht vorliegen. Der Antragsteller wurde aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland binnen einer Woche nach Bekanntgabe der Entscheidung zu verlassen und ihm wurde die Abschiebung nach Bulgarien angedroht; die Vollziehung der Abschiebungsandrohung und der Lauf der Ausreisefrist bis zum Ablauf der einwöchigen Klagefrist, und im Falle einer fristgerechten Stellung eines Antrags auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage, wird bis zur Bekanntgabe der Ablehnung des Eilantrags durch das Verwaltungsgericht ausgesetzt. Das gesetzliche Einreise- und Aufenthaltsverbot gemäß § 11 Abs. 1 AufenthG wurde auf 30 Monate ab dem Tag der Abschiebung befristet. Der Antragsteller habe bereits in Bulgarien internationalen Schutz erhalten, folglich sei sein Asylantrag gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG unzulässig, Abschiebungsverbote hinsichtlich Bulgarien bestünden nicht.

Seine hiergegen erhobene Klage wies das Verwaltungsgericht Regensburg mit Urteil vom 23. September 2022 (Az.: RO 11 K 22.31093) ab. Auf seinen Antrag hin ließ der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mit Beschluss vom 31. Juli 2023 (Az.: 24 ZB 22.31179) die hiergegen gerichtete Berufung des Antragstellers zu. Der Antragsteller wurde während des laufenden Berufungsverfahrens, am 31. Oktober 2023, nach Bulgarien überstellt. Gegen die Überstellung wurde ein Antrag nach § 123 VwGO auf Rückgängigmachung der Abschiebung erhoben. Zur Begründung wurde ausgeführt, die Antragsgegnerin (das Bundesamt) sei in Zusammenwirken mit der zuständigen Ausländerbehörde verpflichtet, den Antragsteller aus Bulgarien zurückzuholen und ihm eine Aufenthaltsgestattung auszustellen. Dem Asylbewerber müsse aufgrund des Rechtsstaatsprinzips die Teilnahme an einer mündlichen Verhandlung möglich sein, solange nicht mehr ein Fall des § 36 Abs. 1 AsylG vorliege und er damit nicht vor Abschluss des gerichtlichen Verfahrens ausreisepflichtig sei.

Mit Beschluss vom 20. November 2023 lehnte der VGH den Antrag ab, da der Anspruch auf Rückgängigmachung nur gegen die handelnde Behörde gerichtet werden könne. Passivlegitimiert für den

Folgenbeseitigungsanspruch als öffentlich-rechtlichen Störungsabwehranspruch sei derjenige Rechtsträger, in dessen Kompetenz die Herstellung der beanspruchten Schutzmaßnahme falle. Dies sei vorliegend der Freistaat Bayern als Rechtsträger der für die Abschiebung sachlich und örtlich zuständigen Regierung von Oberbayern als Zentrale Ausländerbehörde. An dieser Kompetenzverteilung ändere nichts, dass das Bundesamt nach § 34 Abs. 1, § 35 AsylG die Abschiebungsandrohung nach § 59 und § 60 Abs. 10 AufenthG erlasse. Denn für die Vollziehung der Abschiebung als Maßnahme der Verwaltungsvollstreckung seien die Vollstreckungsbehörden der Länder zuständig und damit die Aufenthaltsbehörden.

Zudem habe der Antragsteller nicht glaubhaft gemacht, dass die Abschiebung rechtswidrig gewesen ist. Der Antragsteller war zum Zeitpunkt der Abschiebung am 31. Oktober 2023, trotz des noch laufenden Klageverfahrens, vollziehbar ausreisepflichtig und es bestand weder ein Anspruch auf Duldung nach § 60a Abs. 1 oder Abs. 2 AufenthG, noch auf einen Aufenthaltstitel.

Soweit der Antragsteller seinen Anspruch auf rechtliches Gehör aus Art. 103 Abs. 1 GG geltend macht, sei anzumerken, dass das bloße Anwesenheitsinteresse eines Klägers an der mündlichen Verhandlung durch seinen Anspruch auf rechtliches Gehör nicht geschützt sei. Ungeachtet der Tatsache, dass die Entscheidung über die Berufung unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne mündliche Verhandlung ergehen könne, müssten sich die Beteiligten in Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof ohnehin durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen, § 67 Abs. 4 Satz 1 VwGO, sodass der Antragsteller durch seinen Bevollmächtigten vertreten an der mündlichen Verhandlung teilnehmen könne.⁵⁷

Prozessführung / Berufungsverfahren

VG Stade / Simbabwe: Subsidiärer Schutz wegen Folter und unmenschlicher Haftbedingungen

Mit Urteil vom 21. September 2023 (Az. 3 A 1226/20) entschied das Verwaltungsgericht (VG) Stade, dass einem simbabwischen Deserteur im Falle einer Inhaftierung Folter sowie unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung drohe.

Asylbegründend trug der Kläger im Wesentlichen vor,

⁵⁷ Vgl. VGH München, Beschluss vom 20.11.2023, 24 AE 23.30820, in MLO: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-29080519/VGH_M%C3%BCnchen%2C_vom_20.11.2023%2C_24_AE_23.30820%2C_Beschluss.pdf?nodeid=29077769&vernum=-2, abgerufen am 19.12.2023.

dass er bei einer Rückkehr befürchte, wegen Desertion inhaftiert und gefoltert zu werden. Er sei bis 2016 im aktiven Militärdienst gewesen. Anschließend sei er in den Reservedienst verlegt worden. Man habe ihm vorgeworfen junge Soldaten gegen die Regierung aufbringen zu wollen und eine Meuterei nicht verhindert zu haben. Er sei vor das Militärgericht gestellt worden und sieben Tage inhaftiert gewesen. In Haft sei er gefoltert worden. Anschließend sei er freigelassen und die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt worden. Der Grund für seine Ausreise sei jedoch die lebensbedrohliche Erkrankung seiner Tochter gewesen, die in Deutschland ihr Au-Pair Jahr geleistet hat. Um ihr moralischen Beistand zu leisten, habe der Kläger um eine Sicherheitsfreigabe und die Erlaubnis gebeten, Simbabwe zu verlassen. Gespräche mit seinem Kommandeur sowie weitere Versuche seien erfolglos geblieben, sodass ihm mitgeteilt worden sei, dass er das Land nicht verlassen dürfe. Der Kläger sei jedoch trotzdem ausgeist.

Das VG entschied zunächst, dass der Kläger keinen Anspruch auf die Flüchtlingseigenschaft habe. Die befürchtete Bestrafung wegen Desertion, weil er sich unerlaubt weit über 28 Tage vom Dienst bei der simbabwischen Armee ferngehalten habe, knüpfe nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit an eine ihm zugeschriebene oppositionelle politische Überzeugung im Sinn des § 3 Abs. 1 AsylG an. Anhand der Erkenntnismittel des Gerichts lasse sich nicht feststellen, dass simbabwischen Deserteuren eine an eine vermeintliche politische Überzeugung anknüpfende generell härtere Bestrafung von Deserteuren drohe als sie sonst zur Verfolgung ähnlicher – nichtpolitischer Straftaten von vergleichbarem Gewicht in Simbabwe üblich sei. Zudem sei den simbabwischen Behörden in diesem Fall bekannt, dass der Kläger aus persönlichen Gründen aufgrund der Erkrankung seiner Tochter ausgeist sei.

Die Kläger habe jedoch einen Anspruch auf Zuerkennung des subsidiären Schutzstatus nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 AsylG, da ihm mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit bei einer Rückkehr Folter sowie unmenschliche und erniedrigende Behandlung drohe. Das Gericht geht davon aus, dass der Kläger aufgrund seines Fernbleibens von der simbabwischen Armee für einen Zeitraum von länger als 28 Tagen bei einer Rückkehr nach Simbabwe mit überwiegender Wahrscheinlichkeit damit rechnen müsse, im Zuge der Ermittlungen gegen ihn und des ihn erwartenden Strafverfahrens, inhaftiert zu werden. Dabei habe er glaubhaft erläutert, dass er beim Verhör und in Haft mit Foltermaßnahmen rechnen müsse. Darüber hinaus seien die Haftbedingungen in Simbabwe nach der Erkenntnislage unmenschlich und entsprächen nicht den internationalen Standards. Inhaftierte würden ausweislich der Erkenntnismittel unter der starken Überbelegung der Gefängnisse und dem unzureichenden Zugang zu Nahrung und Wasser leiden. Generell seien die

Haftbedingungen prekär, im Einzelfall lebensbedrohlich. Im Falle des Klägers kämen gefahrerhöhende Umstände hinzu, da er an HIV erkrankt sei. Da er bereits bei seiner Haft im Jahr 2016 nicht die notwendigen Medikamente erhalten habe, sei auch davon auszugehen, dass er diese bei einer erneuten Inhaftierung nicht erhalte. Daher habe der Kläger Anspruch auf den subsidiären Schutz gem. nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 AsylG.⁵⁸

Rechtsdokumentation

VG Dresden / Venezuela: Kein Abschiebungsverbot aufgrund der wirtschaftlichen und humanitären Lage

Mit dem Urteil vom 22. September 2023 entschied das Verwaltungsgericht (VG) Dresden (Az. 4 K 599/20.A), dass bei einem venezolanischen Staatsangehörigen kein Abschiebungsverbot aufgrund der prekären wirtschaftlichen und humanitären Situation in Venezuela festzustellen sei.⁵⁹

Zunächst habe der Antragsteller seinen in Deutschland lebenden Bruder besucht, bevor er sich anschließend in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aufgehalten habe. Nach Zurückweisung ins Bundesgebiet wurde er von Beamten darauf aufmerksam gemacht, dass er die visumfreie 90-tägige Aufenthaltsdauer pro 180 Tage im Schengenraum ausgeschöpft habe. Daraufhin stellte der Antragsteller sein Asylgesuch und trug bei der Anhörung vor, nach Deutschland gereist zu sein, um Arbeit zu finden und sich ein Leben aufzubauen. Nachdem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) den Asylantrag ablehnt, erhebt er Klage und begehrt festzustellen, dass Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 bzw. 7 Satz 1 AufenthG vorliegen. Bei einer Rückkehr nach Venezuela befürchte er, keine Zukunft zu haben und Hunger leiden zu müssen. Zudem bestünde die Gefahr ausgeraubt und überfallen zu werden. Kontakt zu Familienangehörigen im Heimatland habe er nicht. Außerdem leide er an Problemen an der Wirbelsäule.⁶⁰

Den dem Gericht vorliegenden Erkenntnissen nach bestehe in Venezuela eine tiefgreifende und vielschichtige Krise⁶¹, was mit der schwierigen

58 Vgl. VG Stade, Urteil vom 21.09.2023, 3 A 1226/20, in MiLo: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-29077991/VG_Stade%2C_vom_21.09.2023%2C_3_A_1226_20%2C_Urteil.pdf?nodeid=29079528&vernum=-2, abgerufen am 4.12.2023.

59 Vgl. VG Dresden, Urteil vom 22.09.2023, 4 K 599/20.A, in MiLo: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-29141591/VG_Dresden%2C_vom_22.09.2023%2C_4_K_599_20.A%2C_Urteil.pdf?nodeid=29140601&vernum=-2, abgerufen am 19.12.2023.

60 Vgl. ebd.

61 Vgl. BAMF, Länderreport 17 Venezuela, S. 2.

Wirtschafts- und Versorgungslage sowie einer hohen Kriminalitätsrate und schlechten Sicherheitssituation einhergehe.⁶² Grundbedarfsgüter, wie Nahrungs- und Arzneimittel, können nur schwer beschafft werden.⁶³ Der staatlich bestimmte Mindestlohn ist nicht angemessen, um sich ein menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern, insbesondere weil dieser aufgrund der hohen Inflation schnell verbraucht wird und auch Erhöhungen des Mindestlohns das Problem nicht lösen, zumal der Lohn schneller an Wert verliert als er angehoben wird.⁶⁴ Im Jahr 2017 hat die venezolanische Regierung den Vaterlandsausweis „Carnet de la Patria“ eingeführt, um Zugang zu staatlichen Leistungen sowie die Verteilung von Lebensmittelpaketen zu ermöglichen und außerdem auch Zahlungen zu tätigen und zu empfangen. Der Erhalt des Vaterlandsausweises erfordert jedoch eine Registrierung auf der „Vaterlands-Plattform“ (Sistema Patria oder Plataforma Patria), mit welcher der Ausweis verknüpft ist und auf der persönliche und sozioökonomische Daten, Informationen zu verwandtschaftlichen Verbindungen sowie Verzeichnisse über die soziale Teilhabe zusammengetragen werden. Eine Nichtteilnahme oder ein Ausschluss von diesem System kann dazu führen von essentiellen Bedarfsgütern und staatlicher Hilfe ausgeschlossen zu werden.⁶⁵ Die Sicherheitslage Venezuelas wird vom Gericht als prekär beschrieben.⁶⁶ So besteht ein erhöhtes Risiko von Entführungen und anderweitigen Gewalttaten.⁶⁷

Das Verwaltungsgericht ist zu der Überzeugung gelangt, dass die schlechten humanitären und wirtschaftlichen Bedingungen in Venezuela kein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG i. V. m. Art. 3 EMRK begründen, wenn keine speziellen persönlichen Einschränkungen oder andere gefahrerhöhende Umstände festgestellt werden können. Es wird angenommen, dass eine gesunde und arbeitsfähige Person, vor allem ohne konkrete Unterhaltsverpflichtungen – auch ohne familiäres oder soziales Netzwerk – den eigenen Lebensunterhalt, wenn auch mit Herausforderung, selbständig sichern kann. Diese Eigenschaften treffen auch auf den alleinstehenden Kläger zu. Er ist erwerbsfähig, ausgebildet und hat keine wesentlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Das Gericht geht davon aus, dass er als Tagelöhner arbeiten könne, falls sein Einkommen als Softwareentwickler nicht ausreiche. Zudem könne er sich auf die finanzielle Unterstützung seines in Deutschland lebenden Bruders verlassen. Dass der Kläger keinen Vaterlandsausweis besitzt und außerdem keine familiäre Hilfe in Venezuela erwarten kann, rechtfertigt noch keine Gefahr, die über die generelle Versorgungsproblematik im Land hinausgeht. Nach Einholung einer Auskunft des Auswärtigen Amtes, bestehen auch keine

Anhaltspunkte dafür, dass der Kläger als potentieller Rückkehrer aus dem europäischen Ausland Benachteiligung bei der Versorgung mit Lebensmitteln, sonstigen Bedarfsgütern und besonders bei der medizinischen Versorgung erfahren würde. Es ergibt sich somit auch kein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG wegen der geltend gemachten Probleme an der Wirbelsäule. Eine ärztliche Behandlung wird hierfür aktuell nicht beansprucht. Und auch die geäußerte Besorgnis bezüglich der medizinischen Versorgung in Venezuela, welche künftige Erkrankungen mangels Routineuntersuchungen unentdeckt ließen, ergibt keine drohende erniedrigende Behandlung.⁶⁸

Rechtsdokumentation

Neuerwerbungen der Bibliothek

Åberg, Karin: A requirement of shame: on the evolution of the protection of LGB refugees. – 1 Online-Ressource. In: International journal of refugee law. – 35 (2023), Heft 1, Seite 37-57

Bekanntmachung über die Höhe der Leistungssätze nach § 3a Absatz 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes für die Zeit ab 1. Januar 2024: vom 19. Oktober 2023. – 1 Online-Ressource (2 Seiten). – In: Deutschland: Bundesgesetzblatt / 1 - Online. – (2023), Heft 288 vom 27.10.2023

Egypt: Query response on the situation and treatment of the LGBTIQ+ community. – August 2023 (COI between 1st January 2020 and 31st July 2023). – [London]: Asylum Research Centre (ARC), [2023]. – 1 Online-Ressource (189 Seiten)

Freitag, Horst: Möglicher Erwerb einer weiteren Staatsangehörigkeit als Ausschlussgrund?: zu Art. 4 Abs. 3 Bst. e QRL, zugleich Anmerkung zum Urteil des VG Berlin vom 15.6.2023. – 8 Seiten. – In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. – (2023), Heft 10-11, Seite 348-355

Deery, Claire: Geschlechtsspezifische Verfolgung und Durchsetzung von geschlechtsspezifischen Rechten im Asylverfahren: eine Arbeitshilfe für Berater*innen. – 2. korrigierte Auflage, Juli 2022. – Berlin: Der Paritätische Gesamtverband, 2022. – 1 Online-Ressource (55 Seiten)

Dieckmann, Jens; Granrath, Lukas: Keine Rechtsgrundlage für Schutz in Deutschland?: zur Anwendbarkeit von § 24 Abs. 1 AufenthG auf Drittstaatsangehörige aus der Ukraine. – 7 Seiten. – In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. – (2023), Heft 9, Seite 296-302

68 Vgl. VG Dresden, Urteil vom 22.09.2023, 4 K 599/20.A, a.a.O.

62 Vgl. VG Dresden, Urteil vom 22.09.2023, 4 K 599/20.A, a.a.O.

63 Vgl. EASO, Länderfokus Venezuela 2020, S. 19.

64 Vgl. BAMF, Länderreport 17 Venezuela, S. 10.

65 Vgl. EASO, Länderfokus Venezuela 2020, S. 126f.

66 Vgl. VG Dresden, Urteil vom 22.09.2023, 4 K 599/20.A, a.a.O.

67 Vgl. BFA, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation - Venezuela, 06.12.2021, S. 10.

Eisenberg, Ulrich: Hochgestufte Herstellung der Voraussetzungen des § 58 a I 1 AufenthG?. - 1 Online-Ressource (8 Seiten). - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 10, Seite 359-366

Kalkmann, Michael: Neuerungen bei der Fachkräfteeinwanderung ab November 2023. - 4 Seiten. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2023), Heft 10-11, Seite 336-339

Lorenz, David: Die umkämpfte Dublin-Verordnung: gesellschaftliche, politische und juristische Auseinandersetzungen um Asyl in der Europäischen Union. - Bielefeld: transcript, 2023. - 1 Online-Ressource (343 Seiten). - ISBN 978-3-8394-7070-1

Manzotti, Cecilia: Nationality status determination in asylum procedures under the CEAS and the potential impact of the 'New Pact on Migration and Asylum'. - 1 Online-Ressource (20 Seiten). - In: International journal of refugee law. - 35 (2023), Heft 2, Seite 193-212

Marx, Reinhard: Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrecht: Handbuch. - 8. Auflage. - Baden-Baden: Nomos, 2023. - 1 Online-Ressource. - ISBN 978-3-7489-1454-9

Musco Eklund, Amanda: Rule of law challenges of 'algorithmic discretion' & automation in EU border control: a case study of ETIAS through the lens of legality. - 1 Online-Ressource (26 Seiten): 2 Diagramme. - In: European journal of migration and law. - 25 (2023), Heft 3, Seite 249-274

Peitz, Laura: Wege aus der Ausreisepflicht nach ablehnender Asylentscheidung. - Stand: 10/2023. - Nürnberg: BAMF, 2023. - 1 Online-Ressource (17 Seiten).

Sade, Markus: Das Ausländerzentralregistergesetz und die Rechte betroffener Personen. - 8 Seiten. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2023), Heft 10-11, Seite 340-247

Schneider, Matthias: Männlichkeit und Flucht: biographische Perspektiven auf die Lebensgeschichten aus Eritrea geflüchteter Männer. - Wiesbaden: Springer VS, [2023]. - XIII, 341 Seiten: 7 Illustrationen. - ISBN 978-3-658-41766-6

Schwerpunktthema: Menschenhandel. - 24 Seiten. - In: Asyl: Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis: revue suisse pour la pratique et le droit d'asile. - 38 (2023), Heft 2, Seite 3-27

Stein, Tino: Die Aufenthaltserlaubnis zum Schutz des Privatlebens aus Art. 8 EMRK. - 1 Online-Ressource (8 Seiten). - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 42 (2022), Heft 5/6, Seite 197-204

Syria: Security situation. - October 2023. - Luxembourg: Publications Office of the European U, 2023. - 1 Online-Ressource (233 Seiten). - ISBN 978-92-9403-545-5

Tan, Nikolas Feith; Ineli-Ciger, Meltem: Group-based protection of Afghan women and girls under the 1951 Refugee Convention. - 1 Online-Ressource (25 Seiten). - In: The International and Comparative Law Quarterly: the journal of the Society of Comparative Legislation. - 72 (2023), Heft 3, Seite 793-817

Tsourd, Evangelia; Costello, Cathryn: "Systemic violations" in EU asylum law: cover or catalyst?. - 1 Online-Ressource (13 Seiten). - In: German law journal: GLJ: open access to comparative, European, and international law. - 24 (2023), Heft 6, Seite 982-994

Tunisia: Query response on the situation and treatment of the LGBTQI+ community. - August 2023 (COI between 1st January 2020 and 31st July 2023). - [London]: Asylum Research Centre (ARC), [2023]. - 1 Online-Ressource (71 Seiten). -

Uganda: Query response on the situation and treatment of the LGBTQI+ community. - August 2023 (COI between 1st January 2020 and 31st July 2023). - [London]: Asylum Research Centre, ARC, [2023]. - 1 Online-Ressource (184 Seiten)

Willer, Astrid: Und ewig grüßt das Murmeltier: die Renaissance rechter Asylpolitik und mögliche Alternativen. - 3 Seiten. - In: Der Schlepper: Magazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein. - 27 (2023), Heft 107, Seite 4-6

Zhelyazkova, Asya: Do EU policies constrain government autonomy?: insights from the implementation of EU migration policies. - 1 Online-Ressource (24 Seiten). - In: West European politics. - 47 (2024), Heft 3, Seite 595-618

Impressum

ISSN 2940-7001

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

12/2023

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis

iStockphoto


Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

